

## **Antrag**

**der Fraktion der AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

### **Irrweg Energiewende – rutscht Baden-Württemberg in die nächste Abhängigkeit?**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. in welchen Bereichen der Energieerzeugung weiterhin eine Abhängigkeit von Importen aus Russland besteht;
2. welche Rohstoffe, die im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung zum Einsatz kommen (Anlagenbau, Instandhaltung, etc.), aufgrund der Marktsituation überwiegend nur von einem oder zwei Lieferländern bezogen werden können und daher bei großflächigen Ausfuhrstopps aufgrund von Konflikten zu schwerwiegenden Engpässen in Baden-Württemberg führen;
3. wie sie den großflächigen Import von Polysilizium aus der Volksrepublik China im Bereich der Solarmodul-Fertigung und die damit verbundene Abhängigkeit von einem Lieferanten beurteilt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei Polysilizium um den bedeutsamsten Rohstoff bei der Solarmodul-Fertigung handelt;
4. wie sie die wachsende Abhängigkeit von ausländischen Importen im Bereich der Herstellung von Wechselrichtern und im Wärmepumpenmarkt beurteilt;
5. wie sie den großflächigen Import von Neodym aus der Volksrepublik China im Bereich der Windturbinen-Fertigung und die damit verbundene Abhängigkeit von einem Lieferanten beurteilt;
6. wie sie den gegenwärtigen und zukünftigen Import von Tropenhölzern, insbesondere das Holz des Balsabaums, im Bereich der Rotorblattfertigung für Windindustrieanlagen beurteilt und welche möglichen Ersatzstoffe ihrer Ansicht nach hier zum Einsatz kommen könnten;

7. welche Maßnahmen sie plant, um im Falle eines Handelskriegs (massive Erhöhung der Handelskosten/Zölle) mit der Volksrepublik China den von ihr angestrebten Ausbau der erneuerbaren Energieträger sicherzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in diesem Fall sowohl die heimische Produktion von Photovoltaikkomponenten als auch der Import von Kernkomponenten für den Anlagenbau zur Erzeugung erneuerbarer Energien nahezu zum Erliegen kommt;
8. ob, und wenn ja in welchem Zeitrahmen, im Falle eines Lieferausfalls Eigenproduktionen eingerichtet werden können;
9. welche Vorratshaltung von kritischen Rohstoffen in Baden-Württemberg beabsichtigt wird, wer dafür verantwortlich ist und wie der Zugang zu diesen Reserven im Ernstfall gesichert wird;
10. welche konkreten Folgen sie im Falle eines Ausbleibens von Halbleiterlieferungen aus Taiwan auf die baden-württembergische Wirtschaft und die betroffenen Industrieunternehmen befürchtet;
11. welche Rohstoffe und Techniken, die im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung zum Einsatz kommen, aktuell und zukünftig aus Südkorea importiert werden und wie die Landesregierung aufgrund des angespannten Verhältnisses mit Nordkorea die allgemeine Sicherheit der Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea beurteilt;
12. in welchem Maße ihrer Ansicht nach Zulieferunternehmen im Bereich der Elektromobilität, insbesondere Batteriehersteller, von Lithiumoxidlieferungen aus China abhängig sind;
13. wie sie im Bereich der Elektrolysemodule die zukünftige Sicherheit von benötigten Edelmetalllieferungen aus Südafrika beurteilt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich Südafrika als Mitglied der BRICS-Staaten an China und Russland orientiert;
14. welche konkreten Folgen sie im Falle einer Sabotage an einer Wasserstoffpipeline auf die baden-württembergische Wirtschaft befürchtet, insbesondere nach dem großflächigen Umbau auf eine „Wasserstoffwirtschaft“ und vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg dauerhaft ein Importland (auch für grünen Wasserstoff bleibt und langfristig die Landesregierung von einem leitungsgelunden Transport ausgeht (vgl. Drucksache 17/2566, Ziffer 10));
15. wie sie einerseits das angestrebte Ziel, den Energie- und Rohstoffbezug Baden-Württembergs zu diversifizieren, erreichen will, wenn sie andererseits im Zuge ihrer politischen Leitkompetenz die Energieversorgung Baden-Württembergs und die damit verbundenen Unternehmen in neue Abhängigkeiten von ausländischen Importen aus potenziellen Krisenländern zwingt.

6.11.2023

Baron, Dr. Hellstern, Steyer  
und Fraktion

#### Begründung

Der Ukraine-Konflikt hat verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen die Abhängigkeit im Energiebereich von einem einzigen Lieferanten hat und dass im Zuge einer langfristig sicheren Energie- und Rohstoffversorgung eine Diversifizierung im Lieferantenbereich vorgenommen werden muss. Der Antrag fragt daher, welche Abhängigkeiten bisher und in Zukunft bestehen und welche konkreten Folgen im Falle verschiedener Szenarien (Handelskrieg, Sabotage) zu befürchten sind.

## Stellungnahme

Mit Schreiben von 28. November 2023 Nr. UM61-0141.5-23/20/2 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. in welchen Bereichen der Energieerzeugung weiterhin eine Abhängigkeit von Importen aus Russland besteht;*

Zur Beurteilung der Entwicklung der Importe fossiler Energieträger aus Russland nach Deutschland werden Daten des Statistischen Bundesamtes herangezogen.

Der Import an Steinkohle und Steinkohlebriketts aus Russland betrug im Zeitraum von Januar 2023 bis September 2023 insgesamt rund 533 Tsd. t. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 96 % (Import von rund 12 Mio. t).

Die Erdölimporte aus Russland beliefen sich im Zeitraum von Januar 2023 bis September 2023 auf 115 Tsd. t (Rückgang um 99 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Anteil Russlands an den gesamten Erdölimporten Deutschlands sank damit bereits im Januar 2023 auf 0,1 % im Vergleich zu einem Anteil von 36,5 % im Januar 2022.

Seit Ende August 2023 bezieht Deutschland kein Erdgas über Pipelines aus Russland.

Insgesamt wird deutlich, dass die Importabhängigkeit Deutschlands von russischen Energieträgern durch diverse Maßnahmen der Bundesregierung sehr deutlich reduziert werden konnte.

- 2. welche Rohstoffe, die im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung zum Einsatz kommen (Anlagenbau, Instandhaltung, etc.), aufgrund der Marktsituation überwiegend nur von einem oder zwei Lieferländern bezogen werden können und daher bei großflächigen Ausfuhrstopps aufgrund von Konflikten zu schwerwiegenden Engpässen in Baden-Württemberg führen;*
- 3. wie sie den großflächigen Import von Polysilizium aus der Volksrepublik China im Bereich der Solarmodul-Fertigung und die damit verbundene Abhängigkeit von einem Lieferanten beurteilt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei Polysilizium um den bedeutsamsten Rohstoff bei der Solarmodul-Fertigung handelt;*
- 4. wie sie die wachsende Abhängigkeit von ausländischen Importen im Bereich der Herstellung von Wechselrichtern und im Wärmepumpenmarkt beurteilt;*
- 5. wie sie den großflächigen Import von Neodym aus der Volksrepublik China im Bereich der Windturbinen-Fertigung und die damit verbundene Abhängigkeit von einem Lieferanten beurteilt;*
- 6. wie sie den gegenwärtigen und zukünftigen Import von Tropenhölzern, insbesondere das Holz des Balsabaums, im Bereich der Rotorblattfertigung für Windindustrieanlagen beurteilt und welche möglichen Ersatzstoffe ihrer Ansicht nach hier zum Einsatz kommen könnten;*
- 12. in welchem Maße ihrer Ansicht nach Zulieferunternehmen im Bereich der Elektromobilität, insbesondere Batteriehersteller, von Lithiumoxidlieferungen aus China abhängig sind;*

*13. wie sie im Bereich der Elektrolysemodule die zukünftige Sicherheit von benötigten Edelmetalllieferungen aus Südafrika beurteilt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich Südafrika als Mitglied der BRICS-Staaten an China und Russland orientiert;*

Die Fragen 2 bis 6 sowie 12 und 13 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Land hat zur genaueren Betrachtung und Adressierung etwaiger Abhängigkeiten, der Ableitung geeigneter Strategien im Umgang mit Ressourcen und für eine sichere Rohstoffversorgung, aber auch zur Nutzung der Chancen, die die Energiewende für die Wirtschaft Baden-Württembergs bietet, gemeinsam mit der Industrie den THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien eingerichtet. Dieser berät Politik und Industrie auf wissenschaftlicher Basis in den zentralen technologisch-strategischen Fragestellungen zu Ressourceneffizienz, Ressourcennutzung und Ressourcenpolitik. Gegründet als gemeinsame Initiative des Landes und der Industrie trägt er Daten und Fakten zusammen, bereitet sie verständlich auf und liefert Ergebnisse, auf die sowohl das Land auch die Industrie gleichermaßen aufbauen können.

Getragen und finanziert wird er gemeinsam von der Landesregierung Baden-Württemberg unter Federführung des Umweltministeriums und Beteiligung des Staats-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums und Industriepartnern.

Der THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) angesiedelt und arbeitet bundesweit eng mit weiteren Institutionen zusammen. Ein zentrales Thema ist dabei die resiliente Rohstoffversorgung und Ressourcensicherung sowie Anforderungen an eine industrielle Infrastruktur. So hat der THINKTANK beispielsweise eine weltweite, vergleichende Analyse der Strategien zur Sicherung der Rohstoffversorgung und Entwicklung einer Strategie der resilienten Rohstoffversorgung und Ressourcensicherung vorgenommen. Dabei entwickelt er Handlungsempfehlungen für die Beschaffung von primären Rohstoffen wie zum Beispiel für die Batterieherstellung. Er befasst sich u. a. mit den Potenzialen der Lithium-Gewinnung in Europa und Deutschland für die Batterieproduktion unter Berücksichtigung neuester Technologien, gerade auch zur Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Im Zuge der Energiewende kommen neue Technologien zum Einsatz, die für bestimmte, oft auch kritische Rohstoffe wie Seltene Erden, einen deutlich steigenden Bedarf mit sich bringen. Die Energiewende und die Transformation der Wirtschaft hin zu einem ressourcenschonenden, kreislauforientierten und klimaneutralen Wirtschaften dient damit dazu, die heutzutage immer noch starke Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Rohstoffen zu überwinden und auf erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie zu setzen. Zudem bieten sich durch die Entwicklung neuer Technologien insbesondere im Bereich grüner Technologien exzellente Chancen für unsere innovativen Unternehmen neue, attraktive Zukunftsmärkte zu erschließen. Die aktuell weltweit beobachtbare Transformation kann damit zu einer Erfolgsgeschichte für den Standort Baden-Württemberg gemacht werden und einen wichtigen Beitrag leisten, perspektivisch wegfallende Wertschöpfung und Arbeitsplätze auszugleichen. Insofern ist es von entscheidender Bedeutung, den Transformationsprozess aktiv mitzugestalten und die mit ihm verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Der vom Land geförderte THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien leistet hierbei einen wichtigen Beitrag, um gemeinsam mit der Industrie und der Wissenschaft Lösungsansätze zu entwickeln, wie die Versorgung mit wichtigen Ressourcen und Rohstoffen resilienter gestaltet werden kann.

Insgesamt ist das Land der Überzeugung, dass eine sichere Rohstoffversorgung nur im nationalen und europäischen Verbund erfolgreich sein kann. Mit dem EU raw materials act adressiert die Europäische Union bereits die wesentlichen Punkte.

Zur Bedeutung der Energieträger- und Ressourcenabhängigkeit im Rahmen der Energiewende wird zudem auf die Stellungnahme zu Frage 15 verwiesen.

7. *welche Maßnahmen sie plant, um im Falle eines Handelskriegs (massive Erhöhung der Handelskosten/Zölle) mit der Volksrepublik China den von ihr angestrebten Ausbau der erneuerbaren Energieträger sicherzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in diesem Fall sowohl die heimische Produktion von Photovoltaikkomponenten als auch der Import von Kernkomponenten für den Anlagenbau zur Erzeugung erneuerbarer Energien nahezu zum Erliegen kommt;*
8. *ob, und wenn ja in welchem Zeitrahmen, im Falle eines Lieferausfalls Eigenproduktionen eingerichtet werden können;*

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung unterstützt die strategischen Initiativen auf europäischer sowie auf Bundesebene, die Risiken in diesem Bereich zu reduzieren und die Resilienz des Standorts zu erhöhen. Sollte der Fall eines „Handelskriegs“ eintreten, müsste im Lichte des sich konkret darstellenden Szenarios entsprechend darauf reagiert werden. Die hohe Dynamik im Aufbau entsprechender Wertschöpfungsstrukturen weltweit, die rasanten technologischen Entwicklungen und die sich aktuell wandelnden geopolitischen Rahmenbedingungen erforderten dann eine strategische Herangehensweise, die insbesondere die Anpassungsfähigkeit und die Agilität des Standorts Baden-Württembergs erhöht. Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen bei deren Diversifizierungsbemühungen im Rahmen ihrer Außenwirtschaftsförderung.

9. *welche Vorratshaltung von kritischen Rohstoffen in Baden-Württemberg beachtlich wird, wer dafür verantwortlich ist und wie der Zugang zu diesen Reserven im Ernstfall gesichert wird;*

Es findet keine staatliche Vorratshaltung von kritischen Rohstoffen in Deutschland statt.

10. *welche konkreten Folgen sie im Falle eines Ausbleibens von Halbleiterlieferungen aus Taiwan auf die baden-württembergische Wirtschaft und die betroffenen Industrieunternehmen befürchtet;*
11. *welche Rohstoffe und Techniken, die im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung zum Einsatz kommen, aktuell und zukünftig aus Südkorea importiert werden und wie die Landesregierung aufgrund des angespannten Verhältnisses mit Nordkorea die allgemeine Sicherheit der Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea beurteilt;*

Die Fragen 10 und 11 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor. Es handelt sich hier um sensible und wettbewerbsrelevante Informationen zur Ausgestaltung von Wertschöpfungsstrukturen, insbesondere Lieferantenbeziehungen. Diese stellen üblicherweise Betriebsgeheimnisse dar.

14. *welche konkreten Folgen sie im Falle einer Sabotage an einer Wasserstoffpipeline auf die baden-württembergische Wirtschaft befürchtet, insbesondere nach dem großflächigen Umbau auf eine „Wasserstoffwirtschaft“ und vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg dauerhaft ein Importland (auch für grünen Wasserstoff) bleibt und langfristig die Landesregierung von einem leitungsgebundenen Transport ausgeht (vgl. Drucksache 17/2566, Ziffer 10);*

Grundsätzlich sind die Betreiber der Infrastrukturen verpflichtet, durch technische und organisatorische Maßnahmen den bestmöglichen Schutz ihrer Anlagen zu gewährleisten. Dennoch verbleiben unvermeidbare Restrisiken. Der Landesregierung ist jedoch keine Änderung der Risikoanfälligkeit in Hinblick auf Sabotageakte an Transportleitungen zum heutigen Stand bekannt, die auf die Umstellung des Energieträgers Erdgas auf Wasserstoff zurückzuführen wären.

Konkrete Folgen für die baden-württembergische Wirtschaft im Falle einer Sa-

botage an einer Wasserstoffpipeline lassen sich nicht abschätzen. Mit Stand November 2023 ist der Landesregierung keine aktive Wasserstoffpipeline in Baden-Württemberg bekannt. Weiter sind Menge und Anwendungsfälle für Wasserstoff nicht abschließend geklärt.

*15. wie sie einerseits das angestrebte Ziel, den Energie- und Rohstoffbezug Baden-Württembergs zu diversifizieren, erreichen will, wenn sie andererseits im Zuge ihrer politischen Leitkompetenz die Energieversorgung Baden-Württembergs und die damit verbundenen Unternehmen in neue Abhängigkeiten von ausländischen Importen aus potenziellen Krisenländern zwingt.*

Baden-Württemberg und Deutschland sind in die globale Wirtschaft und die globalen Energiemärkte eingebunden. Damit sind sowohl Kosten- als auch Effizienzvorteile verbunden. Weder bezogen auf das gesamte Wirtschaftssystem noch auf die Energieversorgung wäre das Ziel einer Autarkie realistisch oder erstrebenswert.

Gleichzeitig ist es richtig, dass Lieferketten genauer überwacht und einseitige Abhängigkeiten möglichst vermieden werden müssen. Hier trägt nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft selbst eine große Verantwortung. Wir müssen insgesamt die Resilienz unseres Wirtschafts- und Energiesystems stärken, indem wir Lieferquellen diversifizieren und vor allem Ansätze für eine Kreislaufwirtschaft stärken.

Bezogen auf die Energiewirtschaft muss zudem betont werden, dass wir unsere bisherige starke Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger durch eine deutliche Stärkung der Energieeffizienz und einen dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien signifikant verringern können. Eigene Berechnungen auf Grundlage der Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Sektorziele 2030 und klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ ([https://www.zsw-bw.de/fileadmin/user\\_upload/Endbericht\\_Sektorziele\\_Klimaneutralitaet\\_BW\\_Juli23.pdf](https://www.zsw-bw.de/fileadmin/user_upload/Endbericht_Sektorziele_Klimaneutralitaet_BW_Juli23.pdf)) zeigen, dass im Zielszenario, das mit den Klimazielen Baden-Württembergs vereinbar ist, die Energieimportabhängigkeit von rund 72 % im Jahr 2021 auf 58 % im Jahr 2030 und 31 % im Jahr 2040 reduziert werden kann (unter der Annahme, dass der gesamte Bedarf an Wasserstoff und anderen klimaneutralen, synthetischen Energieträgern importiert wird; bei Eigenerzeugung im Land würde die Importquote weiter abnehmen). So ist das Energiesystem Baden-Württembergs zwar auch langfristig auf Importe angewiesen, die reduzierte Abhängigkeit verringert jedoch die Anfälligkeit bei plötzlichen Preissprüngen oder Liefereinschränkungen.

Gleichzeitig ist klar, dass die Ressourcenabhängigkeiten bei zentralen Energiewende-Technologien nicht ausgeblendet werden dürfen. Diese bestehen jedoch bei der Erzeugung der Technologien und nicht im Betrieb. Abhängigkeiten von Ressourcen und Vorprodukten bestehen zudem im gesamten Wirtschaftssystem und nicht nur bei Technologien für ein klimaneutrales Energiesystem. Die Lösung besteht daher, wie in anderen Branchen, in einer Diversifizierung der Lieferquellen sowie einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Eine Verzögerung oder gar ein Verzicht auf die nachhaltige Transformation unseres Energiesystems wäre nicht mit unseren Klimazielen vereinbar und würde zudem langfristig unseren Wirtschaftsstandort schwächen.

Walker

Ministerin für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft